

SCHWEDEN

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2021

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Das äußerst knappe Wahlergebnis am 9. September 2018 und die im Wahlkampf verhärteten Fronten zwischen den politischen Blöcken haben die Regierungsbildung sehr schwierig gemacht. Nach vier Monaten ausgiebiger und komplizierter Regierungsverhandlungen ist am 18. Januar 2019 erneut der Sozialdemokrat Stefan Löfven zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Die Sozialdemokraten und die Grünen haben eine Minderheitsregierung gebildet und sich mit Unterstützung der Zentrumsparterie und der Liberalen eine Mehrheit bei der Wahl des Ministerpräsidenten gesichert. Die Linkspartei hatte sich enthalten und damit die Wiederwahl Löfvens ermöglicht.

Vor allem das Erstarken der rechtspopulistischen Schwedendemokraten hatte die Regierungsbildung verkompliziert. Um den Einfluss der Rechtspopulisten zu minimieren, wurden von allen Seiten Zugeständnisse gemacht. Die Parteien der Minderheitsregierung, Sozialdemokraten und Grüne, haben sich die Duldung durch die Liberalen und die Zentrumsparterie mit dem 16-seitigen Regierungsprogramm (Januar-Abkommen) gesichert. Damit konnten die Sozialdemokraten den bürgerlichen Block liberaler, konservativer und rechter Parteien, die traditionell nicht mit den Parteien des linken Lagers zusammenarbeiten, aufbrechen. Allerdings geschah dies zu einem hohen Preis. Denn im Gegensatz zum Wahlprogramm der Sozialdemokraten, das den Ausbau des Wohlfahrtsstaats und die Stärkung der Arbeitnehmer_innenrechte forderte, enthält das Abkommen einige Vorhaben, die zentrale Forderungen der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf waren:

- eine Steuersenkung für hohe Einkommensgruppen;
- Privatisierung der staatlichen Arbeitsvermittlung;
- Absenkung der Arbeitgeberbeiträge u. a. für die Renten-, Kranken- und Arbeitsunfallversicherungen;
- Lockerung des Arbeits- und Kündigungsschutzes ;
- Einschränkung des Streikrechts.

Deutlich ist, dass einige der beschlossenen neoliberalen Reformen sehr wenig Platz für progressive Politik bieten. Kritiker, allen voran die Gewerkschaften, fürchten daher eine Zunahme der sozialen Ungleichheit mit langfristigen Folgen für das schwedische Wohlfahrtsmodell. Entsprechend stehen die Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsdachverband LO, die das Januar-Abkommen unterstützt haben, unter Druck.

Ein schwieriger Start der Regierungskoalition und die nicht endende Gewalt zwischen kriminellen Banden in den Vororten schwedischer Großstädte haben die Unzufriedenheit mit der Regierung ansteigen lassen. Profitiert haben die rechtspopulistischen Schwedendemokraten. Deren Umfragewerte sind stark gestiegen. Sie standen vor Ausbruch der Pandemie gleichauf mit den Sozialdemokraten in der Wählergunst. Die Sozialdemokraten haben aber während der Pandemie wieder Zustimmung in der Bevölkerung gewonnen und sind seit März 2020 wieder stärkste Kraft.

Im September 2022 finden die nächsten Reichstagswahlen statt (gleichzeitig mit den Kommunal und Regionalwahlen). Das Januar-Abkommen ist zwar noch in Kraft, allerdings hat sich die politische Landschaft seit 2018 entscheidend gewandelt. Die Christdemokraten und die Moderaten haben sich für eine thematische Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten u. a. bezüglich der Bereiche Krankenpflege und Migration ausgesprochen. Im März 2021 haben die krisengeschüttelten Liberalen, die seit Oktober 2020 nie mehr als 3 Prozent in die Meinungsumfragen erhielten, ihre Position geändert und beschlossen, eine bürgerliche Regierung anzustreben, obwohl dies von der Unterstützung der Schwedendemokraten abhängig sein würde. Parallel dazu hat sich die Zentrumsparterie dafür ausgesprochen, sich die Option offenzulassen nach der kommenden Wahl Teil einer sozialdemokratisch geführten Regierung zu sein.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Das Wachstum der schwedischen Wirtschaft schwächte sich bereits vor der Corona-Pandemie ab. Zwischen 2013 und

2018 wurden die Löhne nominal um durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr erhöht. Unter Berücksichtigung der niedrigen Inflation in diesem Zeitraum betrug die reale Lohnerhöhung damit 1,2 Prozent im jährlichen Durchschnitt. Allerdings geht diese Phase starken Wachstums zu Ende. Im Jahr 2020 sank das BIP aufgrund der durch COVID-19 allgemein ungünstigen konjunkturellen Lage um 2,8 Prozent. Die Wachstumsprognose des BIPs für 2022 liegt allerdings bei 3,8 Prozent für 2023 bei 1,9 Prozent. Die Inflation befand sich 2019 auf einem Niveau von 1,8 Prozent und 2020 bei 0,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote kletterte im Jahr 2020 Pandemie bedingt auf 8,3 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit zeigte sich im selben Jahr mit 24 Prozent sehr hoch, wobei diese Zahl aufgrund der Art ihrer Berechnung nur schwer mit beispielsweise der Deutschen vergleichbar ist. Wie den zuvor angeführten günstigen Prognosen für das BIP in den nächsten beiden Jahren zu entnehmen ist, zeigt sich die schwedische Wirtschaft in der Krise weitestgehend robust und darf mit einer schnellen Erholung rechnen. Dafür ist nicht zuletzt die erfolgreiche schwedische Exportbranche verantwortlich, die während der Corona vorangehenden Hochkonjunkturphase mehr Waren absetzen konnte. Durch den schwedischen Sonderweg bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie waren außerdem viele Branchen innerhalb des Landes nicht den gleichen Schwierigkeiten ausgesetzt wie im europäischen Ausland, was sich positiv auf den Binnenkonsum auswirkte. Nach wie vor ist Deutschland Schwedens international größter Handelspartner. Etwa 20 Prozent aller nach Schweden importierter Waren kommen aus Deutschland.

2020 hat die sozialdemokratische Finanzministerin die Abkehr vom schwedischen Modell der »Schwarzen Null« beschlossen. Seit der schwedischen Wirtschaftskrise Anfang der neunziger Jahre hat Schweden einen Rahmen für den Staatshaushalt, der eine Reihe haushaltspolitischer Ziele enthält. Teil des Rahmens ist ein »Überschussziel«, vereinfacht erklärt: Die Einnahmen des Staats sollen über einen Konjunkturzyklus die Ausgaben mit einem Prozent des BIP übersteigen. Mit der Lockerung der Haushaltsdisziplin ist nun der Weg für dringend benötigte öffentliche Investitionen frei.

Während die öffentliche Hand sich über die letzten Jahre durch die Fiskalregeln entschulden konnte, stieg im Gegenzug die Verschuldung der privaten Haushalte stark an. Entsprechend wurde der Binnenkonsum befeuert. Die Schulden privater Haushalte haben sich seit Mitte der neunziger Jahre stärker erhöht als die Einkommen. Andererseits ist die Schuldenquote im Verhältnis zum finanziellen Vermögen der privaten Haushalte relativ konstant geblieben. Zinsquote und die Schuldenkosten der privaten Haushalte sind sogar gesunken. Dennoch befindet sich die private Schuldenquote heute auf einem Rekordhoch. Gegenwärtig lasten auf den privaten Haushalten im Schnitt Kredite in Höhe von 188,2 Prozent des verfügbaren Einkommens – rund doppelt so viel wie in Deutschland.

Die Einkommensunterschiede in Schweden sind seit mehreren Jahrzehnten stark angewachsen. Der Gini-Koeffizient, der die Einkommensverteilung misst, betrug 2018 0,30. In den 1970er Jahren waren es dagegen etwa 0,2. Der Anstieg der

Einkommensungleichheit geht hauptsächlich auf die Zunahme der Kapitaleinkommen zurück, die geringer besteuert werden als Einkommen aus Löhnen. Von dieser Entwicklung können vor allem die oberen Einkommensgruppen profitieren. Verantwortlich für den Anstieg der Kapitaleinkommen in Schweden waren unter anderem die steigenden Immobilienpreise. Denn eine geringe Bautätigkeit der öffentlichen Hand hat die Nachfrage nach Immobilien ansteigen lassen. Darüber hinaus sind das Arbeitslosengeld und andere Einkommensersatzleistungen dem Anstieg der Löhne nicht gefolgt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das Duldungs- und Regierungsabkommen ist von mehreren einflussreichen Gewerkschaften kritisiert worden. Es hat auch Auswirkungen auf die historisch sehr enge Verbindung zwischen den schwedischen Sozialdemokraten und dem größten schwedischen Gewerkschaftsdachverband der Arbeiter_innen – LO. Die LO hat sich im Wahlkampf für die Sozialdemokraten ausgesprochen und sich aktiv in diesen eingebracht. Zudem sitzen aktuell der Vorsitzende von LO und weitere Vorsitzende von LO-Mitgliedsgewerkschaften im Vorstand der Sozialdemokraten. Mit dem Januar-Abkommen befindet sich die LO in einer Zwickmühle, die potenziell schädlich für ihre Rolle als Wortführerin der schwedischen Arbeiterbewegung ist.

2020 ist ein neues Zentralabkommen verabschiedet worden. Dieses Mal unter starkem Druck des Staates und ohne LO, was nur wenige Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre. Wären die Sozialpartner bezüglich der im Januar-Abkommen versprochenen Lockerungen des Arbeits- und Kündigungsschutzes nicht zu einer Einigung gelangt, hätte die Regierung selbst eine gesetzliche Regelung erarbeitet. Dies wollten die Sozialpartner aber vermeiden. LO hat sich schließlich aus dem Abkommen zurückgezogen, aber ihre zwei größten LO-Mitgliedsgewerkschaften, Kommunal und IF Metall, sind ausgeschert und haben letzten Endes das Zentralabkommen doch unterzeichnet. Jüngst hat LO entschieden die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wieder aufzunehmen, wie es im Moment aussieht jedoch nicht um Teil des Zentralabkommens zu werden, sondern um dieselben Kündigungsbedingungen für ihre Mitglieder zu sichern, die bei öffentlichen Arbeitgebern gelten. LO versucht einerseits damit die Attraktivität der Mitgliedschaft bei ihren Verbandsgewerkschaften gegenüber den Gewerkschaften des Verbands der Angestellten-Gewerkschaften (TCO) zu verbessern. Andererseits versucht der LO-Verband ihre Fragmentierung umzukehren. Die Mitgliedsgewerkschaften haben unterschiedliche Bedürfnisse und wollen verschiedene Fragen in den Verhandlungen priorisieren.

Zu den Initiativen von EU-Institutionen die soziale Integration in der EU voranzubringen, sind die schwedischen Gewerkschaften in Bezug auf die gewählten Mittel grundsätzlich skeptisch eingestellt. In ihren Augen widersprechen Versuche die Arbeitsmarktpolitik politisch zu regulieren der langen Tradition des Sozialdialogs in Schweden, der auf einem System der Kollektivverträge fußt. Der Sozialdialog mit den Gewerk-

schaften und der Arbeitsgeberseite wurde in den letzten Jahren gestärkt und von der Regierung aktiv unterstützt.

Es herrscht nach wie vor der Konsens, dass die Sozialpartner weitgehend ohne staatliche Gesetzgebung die Arbeitswelt gestalten und regeln. Dieser Grundsatz gehört zur Grundlegitimation der Gewerkschaften, er bildet die Identität der Gewerkschaftsbewegung und wird entsprechend eisern verteidigt. Diese Haltung erklärt die starke Skepsis und zum Teil der Widerstand der schwedischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber Versuchen auf europäischer Ebene EU-weite Arbeitsgesetzgebung zu erlassen.

Als Reaktion auf die vermehrten Initiativen von EU-Institutionen einheitliche europäische Arbeitsmarktregeln zu schaffen, haben die Gewerkschaften und die privaten Arbeitgeber 2018 einen gemeinsamen EU-Rat gegründet. Dieses Gremium befasst sich mit dem Verhältnis des schwedischen Tarifvertragsmodells und dem EU-Recht. Die gemeinsame Positionierung der Sozialpartner soll die Institution der Kollektivverträge als Grundpfeiler des schwedischen Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsmodells wahren.

GEWERKSCHAFTEN IN SCHWEDEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im internationalen Vergleich ist der Organisationsgrad in Schweden nach wie vor sehr hoch. Dennoch hat es in den letzten 40 Jahren einen großen Mitgliederschwund gegeben. Seit den 1970er Jahren ist die Gewerkschaftsdichte um ca. 10 Prozent gesunken. Bis Mitte der 1990er Jahre stieg der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten auf 80 Prozent wegen der verstärkten Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt an. Seit der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre ist die Mitgliederzahl stetig gesunken. Das Jahr 2007 verzeichnete den größten Verlust an Mitgliedern in einem einzelnen Jahr. Die ausgetretenen Mitglieder waren sowohl Arbeiter_innen als auch Angestellte.

Zum einen hat die Auflockerung des Ghent-Systems, bei dem die Gewerkschaften das Arbeitslosenversicherungssystem selbst verwalten, sich negativ auf die Mitgliedschaftsentwicklung ausgewirkt. Maßgeblich hierzu beigetragen hat die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit der Mitgliedschaftsbeiträge unter der konservativen Regierung Reinfeldt, die den Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängen wollte. Somit schwand die Attraktivität der Gewerkschaftsmitgliedschaft vor allem für Werk tätige im Niedriglohnssektor, die sich eine Mitgliedschaft nur schwer leisten konnten. Diese Entscheidung wurde allerdings 2013 vom schwedischen Parlament teilweise zurückgenommen. Allerdings ist die Erstattungshöhe im Vergleich zur vorherigen Regel geringer.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen ist der Strukturwandel, der zu einem schrumpfenden industrieller Sektor und einem stetig wachsenden aber schlechter organisierten Dienstleistungssektor

führt. Zugleich steigt der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der schwedischen Wirtschaft. Seit 2008 erholen sich die Gewerkschaften nur langsam vom Rückgang der Mitgliederzahlen. Allerdings profitieren vor allem die Mitglieds-gewerkschaften der Dachorganisationen der Angestellten (TCO) und der Akademikerberufe (SACO). Anfang 2020 hat der Angestelltendachverband TCO, LO überholt und ist zum ersten Mal der größte Dachverband Schwedens.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die schwedische Gewerkschaftslandschaft ist von drei Gewerkschaftsverbänden geprägt, an denen die Mehrheit der Einzelgewerkschaften angeschlossen ist. Die Gewerkschaften sind teils nach Berufsgruppen organisiert, teils breiter nach Branchen. Die Dachverbände stehen in guter und solidarischer Beziehung zueinander. Der schwedische Gewerkschaftsbund (Landsorganisationen, LO) ist der älteste und wurde 1898 gegründet. LO hat 14 Mitgliedsgewerkschaften, die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor tätig sind und insgesamt etwa 1,5 Millionen Arbeitnehmer_innen organisieren. Seit Juni 2020 ist Susanna Gideonsson Vorsitzende. Gideonsson war bevor sie den LO-Vorsitz übernahm, Vorsitzende bei der LO-Teilgewerkschaft für Handel. Der Kommunalarbeiterverband (Kommunal) ist mit etwa 500 000 Mitgliedern die größte LO-Gewerkschaft.

Der schwedische Berufsgewerkschaftsdachverband, Tjänstemännens Centralorganisation (TCO) ist der zweitgrößte Dachverband Schwedens mit 13 Mitgliedsgewerkschaften und insgesamt etwa 1,4 Millionen Mitgliedern. TCO wurde 1944 gegründet und organisiert angestellte Arbeitnehmer_innen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Therese Svanström hat den Vorsitz im Dezember 2019 übernommen. Ihre Vorgängerin Eva Nordmark wurde im September 2019 Arbeitsministerin.

Der schwedische Akademikerverband (Sveriges Akademikers Centralorganisation, SACO) ist im Jahr 1947 gegründet worden und hat 21 Mitgliedsgewerkschaften und Berufsverbände mit, insgesamt etwa 700 000 Mitgliedern. SACO wird von Göran Arrius geleitet.

Im Jahr 2018 lag der Organisationsgrad Schwedens bei insgesamt 67 Prozent, der der Arbeiter_innen bei 59 Prozent und der bei Angestellten bei 72 Prozent. Zwischen 2006 und 2018 ist der Organisationsgrad unter Arbeiter_innen fast vier Mal stärker gesunken als unter Angestellten. 2019 und 2020 ist der Organisationsgrad wieder gestiegen und liegt 2020 auf 69 Prozent. Die höchste Mitgliederdichte weist der öffentliche Sektor auf. In einigen LO-Gewerkschaften nimmt der Organisationsgrad weiter ab. Mit den größten Problemen hat der Verband der Gaststätten zu kämpfen, bei dem 2019 nur 28 Prozent der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder waren.

Die Corona-Pandemie hat eine Wirtschaftskrise ausgelöst, die den schwedischen Arbeitsmarkt 2020 stark geprägt hat. Die Arbeitslosenversicherung gehört in Schweden nicht zum

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Schweden

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Landsorganisationen LO (Schwedischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Susanna Gideonsson Stv. Vorsitz: Therese Guovelin	1,5 Mio.	EGB, IGB
Tjänstemännens centralorganisation TCO (Schwedischer Berufsgewerkschaftsdachverband)	Vorsitz: Therese Svanström Stv. Vorsitz: Peter Hellberg	1,4 Mio.	EGB, IGB, NFS (Nordischer Gewerkschaftsrat)
Sveriges Akademikers Centralorganisation SACO (Schwedischer Akademikerverband)	Vorsitz: Göran Arrius Stv. Vorsitz: Richard Malmberg	700 000	EGB, IGB, NFS

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Schweden

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
IF-Metall (Schwedische Metallgewerkschaft)	LO	Vorsitz: Marie Nilsson Stv. Vorsitz: Thomas With	313 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Kommunal (Schwedische Gewerkschaft der kommunalen Beschäftigten)	LO	Vorsitz: Tobias Baudin Stv. Vorsitz: Malin Ragnegård	504 121	PSI, EPSU, IUF, EFFAT, ITF, ETF, KNS (Nordischer Verband der kommunalen Beschäftigten), NOFS (Nordischer Verband der öffentlich Beschäftigten), NTF (Nordischer Verband der Transportgewerkschaften)
Unionen (Schwedische Gewerkschaft des Privatsektors)	TCO	Vorsitz: Martin Linder Stv. Vorsitz: Peter Hellberg	700 000	UNI, UNI Europa
Sveriges Ingenjörer SI-SE (Schwedischer Verband der Ingenieure)	SACO	Vorsitz: Ulrika Lindstrand Stv. Vorsitz: Per Norlander	160 000	UNI, UNI Europa
Svenska Byggnadsarbetareförbundet, Byggnads (Schwedische Bauarbeitergewerkschaft)	LO	Vorsitz: Johan Lindholm Stv. Vorsitz: Lars Hildingsson	100 000	BWI, EFBWW, NFBWW (Nordischer Verband der Baugewerkschaften)

staatlichen Pflichtversicherungssystem, sondern wird von Mitgliedskassen verwaltet und mit einer Ausnahme von den Gewerkschaften geleitet (Ghent-System). Aufgrund der durch die Wirtschaftskrise verursachten extremen Unsicherheit, aber auch durch ein gestärktes Arbeitslosengeld, haben die Gewerkschaften und das Arbeitslosenversicherungssystem im März und April 2020 einen nie dagewesenen Zustrom von Mitgliedern erhalten. Dadurch stieg der Organisationsgrad zum ersten Mal seit Mitte der neunziger Jahre. Nach einer Stabilisierung auf dem Niveau von 68 Prozent 2019 stieg er im Jahr 2020 auf 69 Prozent. Der Anstieg betraf sowohl Arbeiter_innen (von 60 auf 61 Prozent) als auch Angestellte (72 auf 73 Prozent). Die Arbeitslosengeldkasse gewann während 2020 234 000 neue Mitglieder, ein Anstieg von fast sieben Prozent.

Alter und Herkunftsland können auch entscheidende Faktoren für den abnehmenden Organisationsgrad sein. Einerseits sind junge Arbeitskräfte weniger bereit sich gewerkschaftlich zu organisieren. So waren 2019 in Schweden junge Arbeiter_innen im Alter von 16–24 Jahren 38 Prozent Gewerkschaftsmitglieder. Dagegen waren 51 Prozent der 25–29-Jährigen organisiert. Andererseits sind unter den zugezogenen Arbeitskräften immer weniger Mitglieder von Gewerkschaften. Der Organisationsgrad unter im Ausland geborenen Beschäftigten ist im Verlauf der Zeit drei Mal stärker gesunken als bei in Schweden geborene Arbeitnehmer_innen. Diese Entwicklung ist aus mehreren Gründen besorgniserregend. Denn wegen des demografischen Wandels, wird die schwedische Wirtschaft verstärkt Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigen. Eine

zuwanderungsbedingte Schwächung des Organisationsgrads der Arbeitnehmer_innen wird zunehmend das schwedische System der Kollektivverträge und letztendlich das Wohlfahrtsmodell schwächen. Außerdem arbeiten viele aus dem Ausland stammende Arbeitnehmer_innen in schlechten Arbeitsverhältnissen. Seit zwei Jahren gibt es hier aber eine positive Entwicklung und die Gewerkschaftsmitgliedschaft der im Ausland geborenen Arbeitnehmer_innen, stieg von 50 Prozent im Jahr 2018 auf 51 Prozent im Jahr 2019 und 52 Prozent 2020. Die Erhöhung des Organisationsgrads zählt aber immer noch zu den großen Herausforderungen der schwedischen Gewerkschaften.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Es gibt keine wesentlichen Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte. Die schwedischen Arbeitsbeziehungen sind relativ konfliktfrei auch im Vergleich zu anderen nordischen Ländern. 2020 ist eine Mehrzahl der Tarifverträge neuverhandelt worden, ein neues Zentralabkommen wurde verabschiedet und nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie eine Wirtschaftskrise ausgelöst, was den schwedischen Arbeitsmarkt 2020 stark beeinflusst hat. Etwa 500 von ca. 670 Tarifverträge sind 2020 ausgelaufen und müssten für etwa 3 Millionen Beschäftigte neuverhandelt werden. Die Verhandlungen sind wegen der Pandemie um sieben Monate verschoben aber alle ohne Konflikte abgeschlossen worden. Verträge zur Kurzarbeit schlossen die Sozialpartner ebenfalls ab, allesamt auch konfliktfrei. Es gab 2020 keine Störungen des Betriebsfriedens auf Grund von Konflikten auf Verbandsverhandlungsebene und somit auch keine verlorenen Arbeitstage. Für Schlichtungen ist das staatliche schwedische »Vermittlungsinstitut« (Medlingsinstitutet/Swedish National Mediation Office) zuständig.

Dennoch hat das Januar-Abkommen zu Veränderungen der Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften geführt. Beispielhaft hierfür ist das neue Gesetz zur Einschränkung des Streikrechts für Betriebe, die bereits an einen Tarifvertrag mit einer anderen Gewerkschaft gebunden sind. Grund für das Gesetz ist der Versuch der Regierung den langen Konflikt im Hafen von Göteborg zu beenden, der von einer unabhängigen Gewerkschaft geführt wird. Laut dem neuen Gesetz darf nur im tarifpolitischen Zusammenhang gestreikt werden. Solidaritätsstreiks sind untersagt. Häufiger Kritikpunkt ist, dass die neue Streikrechtsbegrenzung sogenanntes »Vertragsshoping« ermöglicht, was einen Wechsel des Betriebs zu einem anderen Tarifvertrag, der günstiger für den Arbeitgeber ist, bedeutet. Zudem schränkt es die Gründung neuer Gewerkschaften ein.

Ein Rechtsfall, der nach wie vor das schwedische Arbeitsrecht beeinflusst, ist das so genannte »Lex Laval« (nach dem Fall: »Viking – Laval – Ruffert«). Nach dem Urteil und der daraufhin erlassenen Gesetzgebung aus dem Jahr 2010, dürfen schwedische Gewerkschaften keine Arbeitskämpfmaßnahmen anwenden, um schwedische Tarifverträge in nicht-schwedische Unternehmen durchzusetzen, solange der Arbeitgeber gleichgute Voraussetzungen in Kernbereichen (wie Lohn, Urlaub und Arbeitszeiten) anbietet. Dies hat sich 2017 allerdings mit einer Gesetzesänderung verändert, und nun kön-

nen wieder lokale Tarifverträge gefordert werden. Diese Kollektivverträge bieten jedoch bei weitem nicht die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter_innen, sondern nur einen Mindeststandard. Schweden hat die acht Kernübereinkommen von ILO unterschrieben, insgesamt sind 94 Konventionen und 4 Protokolle ratifiziert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Aus internationaler Sicht ist der schwedische Arbeitsmarkt unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass Löhne und Arbeitsbedingungen hauptsächlich durch Tarifverträge reguliert werden. Die Abdeckung durch Tarifverträge ist hoch (2017: 89 Prozent, einschließlich vergleichbarer Vereinbarungen) und im Vergleich mit anderen nordischen Ländern ist die Anzahl der Konflikte niedrig. Alle Arbeitgeber, die Tarifverträge unterzeichnen, aber auch nicht-angeschlossene Arbeitgeber, die einen kompatiblen Vertrag unterschrieben haben, müssen die tarifvertraglichen Vereinbarung für alle Arbeitnehmer_innen umsetzen, unabhängig davon, ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht.

Tarifverhandlungen in Schweden finden auf drei Ebenen statt: national, auf Branchenebene und lokal auf Betriebsebene. Die mit Abstand wichtigste Ebene ist die Branchenebene. Vertragsversicherungen und Hauptverträge werden hauptsächlich von der Industrie und den Gewerkschaftsdachverbänden auf nationaler Ebene verhandelt.

Seit 1997 gibt es ein branchenübergreifendes Abkommen zwischen den drei Gewerkschaftsdachverbänden und den Arbeitgebern, das festschreibt, dass die Abschlüsse in den Exportbranchen das Niveau der Lohn- und Gehaltsverhandlungen weitgehend auch für andere Branchen setzen. Das nationale Vermittlungsamt verwendet dieses Abkommen, den sogenannten »Wirtschaftsmaßstab« (Industimärket), als Standard für die Berechnung der Zuwachsraten für alle Lohn- und Gehaltserhöhungen. Das Abkommen ist gewerkschaftsübergreifend.

Das Recht der Industrie als Maßstab für Löhne und Gehälter in anderen Sektoren zu gelten, wird jedoch zunehmend von Gewerkschaften in Frage gestellt. Gewerkschaften, die Arbeitnehmer_innen in Branchen vertreten, die binnenmarktorientiert sind oder für die öffentliche Hand arbeiten, fühlen sich benachteiligt durch die Vormacht der Exportsektoren. So hat unlängst die LO-Gewerkschaft Kommunal, die die einfachen Angestellten der Kommunen (mehrheitlich Frauen) vertritt, ihren Austritt aus diesem Abkommen verkündet, um für ihre Mitglieder höhere Abschlüsse und bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Andere Gewerkschaften schließen Verträge ohne konkrete Zahlen ab. Die Details werden in einem späteren Schritt bei Lohnverhandlungen auf Betriebsebene verhandelt. Diese Praxis wird wiederum von Anhängern des Exportsektorabkommens kritisiert, weil sie darin eine Auslöschung ihres Modells sehen und einen Kontrollverlust für die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung befürchten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Exportbranchen und letztendlich Arbeitsplätze gefährden könnte.

2020 ist der »Wirtschaftsmaßstab« für Gehaltssteigerungen auf 5,4 Prozent festgelegt worden bei einer Vertragslaufzeit von 29 Monaten.

Die Tarifabdeckung/Tarifbindung funktioniert sehr gut als Standard für Löhne und Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Knapp 90 Prozent aller Beschäftigten sind tarifvertraglich abgesichert. Dennoch beginnt diese große Abdeckung zu bröckeln. Denn bei kleinen Unternehmen der privaten Dienstleistungsbranche, unter anderem der IT-Branche, ist die Tarifabdeckung am geringsten. Es gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Tarifvertrag besteht. Das betrifft auch die Start-up Szene. Eine andere Gruppe, bei der Ausnahmen die Regel sind, sind z.B. hochbezahlte Anwälte, Berater, Geschäftsführer usw. Dank des noch hohen Organisationsgrads der Arbeitgeber besteht die Tarifabdeckung für die hochqualifizierten Branchen jedoch trotzdem weiter.

Als weitere Herausforderung für die Gewerkschaften gilt wegen des Arbeitskräftemangels in einigen Branchen die Zunahme der Entsendungen von ausländischen Arbeitskräften. Im Pandemiejahr 2020 sind 87 931 entsandte Arbeitnehmer_innen aus 64 Länder in Schweden angemeldet worden, verglichen mit 72 552 entsandten Arbeitnehmer_innen im Jahre 2017. Der größte Anteil von Entsandten kam aus Polen und hat im Bausektor gearbeitet. Die Einhaltung der Bestimmungen des Tarifvertrags ist in diesen Branchen oft mangelhaft.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Eine große Mehrheit der Schweden ist nach wie vor der Meinung, dass Gewerkschaften wichtig sind für Lohnentwicklung, Arbeitsplatzsicherheit, Wohlfahrt und Demokratie. Allerdings gibt es Unzufriedenheit bezüglich des aktuellen Zustands der Gewerkschaften. Nur eine von drei Personen gibt an, dass sie Vertrauen in den Gewerkschaften hat. Diese Entwicklung ist das Ergebnis früherer Finanzskandale und liegt teilweise auch an der traditionellen engen Beziehung zwischen LO und den Sozialdemokraten. Letzteres wird vor allem von Anhängern der Konservativen und Liberalen als problematisch empfunden. Das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften lässt sich aber auch durch die allgemeine Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Institutionen des Landes erklären. Entsprechend hoch sind die Zustimmungsraten in den Umfragen für die rechtspopulistischen Schwedendemokraten, die sich als Anti-Establishment Partei inszenieren.

Die LO-Gewerkschaften und die Sozialdemokraten pflegen historisch sehr enge Beziehungen. Die sozialdemokratische Partei ist sogar als ein Gewerkschaftsdachverband gegründet worden und hat bis zur Gründung von LO diese Funktion auch innegehabt. Bis einschließlich 1990 waren LO-Mitglieder automatisch Mitglieder der Sozialdemokraten. Nach wie vor sind sie mit zwei Mitgliedern im Parteivorstand der Sozialdemokraten vertreten. So haben die LO-Gewerkschaften einen starken direkten und indirekten Einfluss auf die sozialdemokratische Partei. Des Weiteren dienen sie oft als Rekrutierungs-

beckens für die politische Elite der Sozialdemokratie. Ministerpräsident Löfven ist ein ehemaliger Vorsitzender der IF Metall. Auch andere Minister_innen der aktuellen Regierung haben einen Gewerkschaftshintergrund. LO unterstützt die Sozialdemokraten weiterhin finanziell und führt Kampagnen, um Stimmen und Mitglieder für die Sozialdemokraten zu gewinnen. Diese enge Zusammenarbeit wird nach dem Januar-Abkommen jedoch häufiger in Frage gestellt. Die Verbände TCO und SACO sind dagegen parteipolitisch unabhängig. Alle drei Dachverbände kooperieren nicht mit den rechtsnationalen Schwedendemokraten.

Es gibt keine bedeutende Konkurrenz unter den Gewerkschaften in Schweden, aber es gibt Gewerkschaften, die nicht an die Dachverbände angeschlossen sind. Eine der unabhängigen Gewerkschaften ist der Hafenarbeiterverband (Hamnarbetarförbundet). Sie führt seit langem einen Konflikt (2016–2019), um ihre tarifpolitische Anerkennung, der sehr viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Aufgrund des Konflikts haben Regierung und Sozialpartner versucht, das Streikrecht zu überarbeiten, um wilde und Solidaritätsstreiks zu begrenzen. Die aktuelle gesetzliche Regelung sieht vor, das Streikrecht lediglich an tarifvertraglich gebundene Arbeitsplätze zu binden.

Die schwedischen Gewerkschaften sind untereinander sehr gut vernetzt und international sehr präsent. Die Dachverbände und ihre Mitglieder sind Teil der internationalen Verbände EGB, IGB, und des Dachverbandes der nordischen Gewerkschaften NFS. Mehrere Gewerkschaftsvorsitzende haben auch eine hohe Position in den internationalen und europäischen Vereinigungen. Zusammen teilen die schwedischen Dachverbände ein Büro in Brüssel und nehmen aktiv an den politischen Prozessen vor Ort teil.

Dr. Philipp Fink, Leiter des Büros der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

Josefin Fürst, Wiss. Mitarbeiterin im Büro der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.